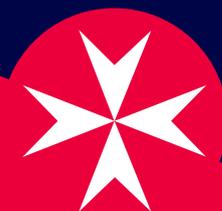




JOHANNITER



Positionspapier zur
Bundestagswahl 2021

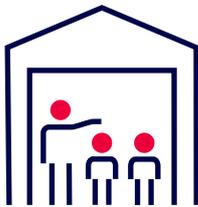
Die Johanniter-Unfall-Hilfe

Gegründet 1952 als Werk des evangelischen Johanniterordens, zählt die Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. heute zu den großen Hilfsorganisationen in Deutschland und ist in verschiedenen sozialen Bereichen aktiv. Wir sind dem christlichen Gebot der Nächstenliebe verpflichtet und richten unsere Hilfe an Menschen in Not – gleich welcher Religion, Nationalität oder Kultur.

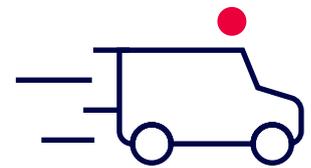
Unsere haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sind im Rettungs- und Sanitätsdienst in Notsituationen schnell zur Stelle und engagieren sich im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz. In Krisen wie der aktuellen Pandemielage ist der Einsatz unserer haupt- und ehrenamtlichen Kräfte unverzichtbar: Sie leisten einen wichtigen gesamtgesellschaftlichen Beitrag zur Pandemiebewältigung. In unseren Erste-Hilfe-Kursen und betrieblichen Bildungsmaßnahmen lernen jedes Jahr hunderttausende Menschen, wie sie im Notfall schnell und richtig helfen können. An unseren Akademien bilden wir Fachkräfte für Rettungsdienst, Erziehung und Pflege aus und wir forschen an unserer Akkon Hochschule.

Wir engagieren uns in der Pflege von alten und kranken Menschen und unterstützen diese, ein möglichst selbstständiges und erfülltes Leben zu führen. Gleichmaßen sind wir für Kinder und Jugendliche aktiv – in Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen und in der Johanniter-Jugend, unserem Jugendverband. In verschiedenen Freiwilligendiensten können sich alle einbringen. Wir betreuen Menschen, die in Deutschland Zuflucht suchen, und unterstützen sie dabei, sich in unserer Gesellschaft zurechtzufinden. Im Ausland leisten wir nach Katastrophen ebenso wie in langfristigen Projekten humanitäre Hilfe.

494 Kindertagesstätten
mit **35.168** Plätzen



25.559
hauptamtlich
Mitarbeitende



43.020
ehrenamtlich
Engagierte



740.350
Einsätze in der
Notfallrettung



2.896.097
Mal Beförderung von
Menschen mit Mobilitätseinschränkung



222.111
Hausnotrufrkunden

2.341.000

Menschen erreichte die
Auslandshilfe in **16** Projekt-
ländern mit **75** Projekten



258.009
Teilnehmende an
Erste-Hilfe-Kursen

1.231.362

Fördermitglieder unterstützen
die Arbeit der Johanniter mit
ihren Beiträgen.





Notwendige Reform der **Notfallversorgung** endlich angehen

Rettungseinsätze ohne medizinische Notwendigkeit belasten zunehmend das Notfallsystem. Die bestehenden ambulanten Strukturen mit Bereitschaftspraxen oder dem kassenärztlichen Notdienst sind vielerorts unbekannt. Das System der Notfallversorgung muss reformiert werden: Hierbei muss der Rettungsdienst mit alternativen und leistungsfähigen Versorgungsansätzen verknüpft werden und seine Schlagkraft in der Notfallrettung erhalten bleiben.

Das Personal im Rettungsdienst leistet einen unverzichtbaren Beitrag in der präklinischen Notfallversorgung. Trotz der vorgenommenen Anpassungen im Notfallsanitätergesetz begeben sich Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter immer wieder in rechtliche Grauzonen oder müssen sich zunächst ärztlich rückversichern. So sind sie etwa bei Maßnahmen der Schmerzlinderung in nicht akut lebensbedrohlichen Situationen vom Eintreffen des Notarztes abhängig. Es wäre daher zielführend, entweder die Übertragungsmöglichkeiten des Arztes zu stärken oder die Eigenständigkeit der Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter hervorzuheben.

Eine umfassende und ganzheitliche Reform der Notfallversorgung ist dringend erforderlich. Aus Sicht der Johanniter muss dabei die besondere Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes erhalten bleiben.

Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter benötigen mehr Rechtssicherheit bei der Versorgung von Patientinnen und Patienten, wobei vor allem die (General-)Delegation und das Betäubungsmittelrecht zu betrachten sind.



Den **Bevölkerungsschutz** für kommende Krisen stärken

Die Neuausrichtung des Bevölkerungsschutzes ist ein wichtiger Schritt, um zukünftige Krisen erfolgreich zu managen. Als Hilfsorganisation begrüßen wir die geplante Vernetzung und Zusammenarbeit aller Akteure in einem „Gemeinsamen Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz“ unter Leitung des BBK – Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Dieses sollte zügig umgesetzt werden. Die ressortübergreifende Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Kommunen und Organisationen des Bevölkerungsschutzes muss weiter vorangetrieben werden. Die gleichberechtigte Stellung der fünf anerkannten Hilfsorganisationen als Auxiliare des Bundes sowie der Länder und Kommunen im Zivil- und Katastrophenschutz muss dabei gestärkt und rechtlich verankert werden.

Zudem gilt es, notwendige Bevorratung und Reserven abzustimmen und innovativ zu planen, etwa mit Blick auf sichere Lieferketten und den nachhaltigen Einsatz gelagerter Materialien. Die geplante Betreuungsreserve des Bundes für die Unterbringung und Versorgung von bis zu 50.000 Menschen, die als Gemeinschaftsprojekt der fünf Hilfsorganisationen im Rahmen des Projektes „Labor Betreuung 5.000“ modular realisiert wird, sollte eng begleitet und sukzessive umgesetzt werden.

Die Johanniter rufen zu einer zeitnahen Konkretisierung und Umsetzung der geplanten Neuorientierung des Bevölkerungsschutzes und insbesondere des „Gemeinsamen Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz“ auf, sowie zur abgestimmten Planung und Schaffung zusätzlicher Ressourcen. Zudem muss die Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Kommunen und der fünf anerkannten Hilfsorganisationen gestärkt werden: Als anerkannte Hilfsgesellschaft und ein Auxiliar der deutschen Behörden stehen die Johanniter bereit, daran mitzuwirken.



Anerkennung und bundeseinheitliche Gleichstellung **ehrenamtlich** Helfender

Ehrenamtliches Engagement ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar und muss weiter gestärkt werden. Ein starkes Ehrenamt benötigt eine gute Begleitung durch ein professionelles Ehrenamtsmanagement mit verlässlichen Ansprechpartnern vor Ort sowie eine zeitgemäße, gelebte Anerkennungskultur, gerade auch in der Ausbildung und im Beruf.

Obwohl sie im Bevölkerungsschutz eine tragende Rolle übernehmen, können Ehrenamtliche von Hilfsorganisationen nicht einfach bei einem Notfall von ihrem hauptamtlichen Arbeitsplatz freigestellt werden. Eine bundeseinheitliche Gleichstellung aller ehrenamtlich Helfenden muss endlich flächendeckend rechtlich verankert werden. Das Gesetz über den Zivildienst und die Katastrophenhilfe des Bundes gilt es entsprechend zu reformieren.

Viele Menschen sind bereit, sich gerade in Krisensituationen zu engagieren. Daher arbeiten wir gemeinsam mit anderen Hilfsorganisationen an einem nachhaltigen Konzept zur Gewinnung, Qualifizierung und Bindung von Helfenden für die unterschiedlichen Einsatzfelder im Ehrenamt der Hilfsorganisationen. Dafür sind die Hilfsorganisationen auf eine nachhaltige Finanzierung angewiesen.

Aus Sicht der Johanniter bedarf es einer stärkeren Unterstützung des Ehrenamtsmanagements vor Ort sowie einer stärkeren gesellschaftlichen Wertschätzung und Anerkennung des Ehrenamtes. Im Bevölkerungsschutz ist die bundeseinheitliche Gleichstellung aller ehrenamtlich Helfenden zeitnah umzusetzen. Programme zur Helfergewinnung, -qualifizierung und -bindung benötigen eine nachhaltige Finanzierung.



Hilfsbereitschaft durch **Breitenausbildung** stärken

Erste Hilfe will gelernt sein, ob im Kindesalter oder als Erwachsene: Eine frühzeitige und regelmäßige Erste-Hilfe-Schulung sollte forciert werden, um Hemmschwellen abzubauen, das Sicherheitsgefühl zu steigern und damit die Hilfsbereitschaft sowie die individuelle Krisenvorsorge zu stärken.

Hybride Ausbildungsformen haben den Zugang im letzten Jahr erleichtert – das durch E-Learning eigenständig angeeignete Basiswissen wird im Praxistraining gefestigt. Digitale Lernplattformen sind eine große Chance für eine zeitgemäße Breitenausbildung. Die Anerkennung einer solchen hybriden Erste-Hilfe-Ausbildung durch die Unfallversicherer und im Fahrerlaubniswesen ist daher empfehlenswert.

Die Bereitschaft, sich in Krisensituationen zu engagieren, möchten wir durch die Wiederaufnahme der Pflegehilfskräfte-Ausbildung stärken. Wir brauchen eine starke Zivilgesellschaft, die im Ernstfall niedrigschwellige Aufgaben übernehmen kann. Gemeinsam mit unseren Partnern und dem BBK erarbeiten wir ein Ausbildungskonzept, dessen Umsetzung finanziell gesichert sein muss.

Die Johanniter empfehlen eine frühzeitige und regelmäßige Unterweisung in Erster Hilfe. Schon im Kindesalter sollten Grundlagen dafür gelegt werden. Für Erwachsene sollte durch Ergänzung des Fahrerlaubnisrechts eine Pflicht zur regelmäßigen Auffrischung der Erste-Hilfe-Kenntnisse alle fünf Jahre gelten. Die Anerkennung hybrider Module der Erste-Hilfe-Ausbildung sollte unterstützt werden. Die Ausbildung von Pflegehilfskräften muss auf finanziell sichere Füße gestellt werden.



Kindern und jungen Menschen ein gelingendes und **sicheres Aufwachsen** bieten

Die Ganztagsbetreuung ermöglicht Familien und Kindern Betreuungs- und Bildungsangebote über die Schulzeit hinaus. Schulen und außerschulische Angebote müssen dafür aufeinander abgestimmt und seitens des Gesetzgebers durch koordinierende Strukturen unterstützt werden. Es bedarf klarer Vorgaben zur Qualität der Angebote: Diese sollten nicht der reinen Betreuung dienen, sondern Kinder in ihrer sozialen, emotionalen und körperlichen Entwicklung unterstützen.

Gut qualifizierte und engagierte pädagogische Fachkräfte sind hierfür die Grundvoraussetzung. Wir setzen uns daher für eine gesellschaftliche Aufwertung des gesamten Berufsfeldes und eine der Ausbildung und fachlichen Qualifikation angemessene Vergütung ein.

Unsere inzwischen über 500 Kitas verstehen wir als Teil der Bildungslandschaft und wichtige Orte kindlicher Entwicklung: Wir befähigen Kinder und Familien, sich sicher mit digitalen Medien im privaten und schulischen Kontext zu bewegen. Fachkräfte benötigen zusätzliche Fortbildungsangebote, um Kinder in ihren Medienkompetenzen angemessen zu fördern. Gleichzeitig bedarf es einer entsprechenden technischen Ausstattung der Einrichtungen.

Formen von (sexualisierter) Gewalt, Diskriminierung und Kindeswohlgefährdung finden sich in allen Gesellschaftsbereichen. Junge Menschen brauchen für ein gutes Aufwachsen ein sicheres Umfeld. Wir arbeiten mit einem bundesweiten Kinderschutzkonzept sowie seit mehr als 15 Jahren mit dem „!ACHTUNG“-Präventionskonzept in der Johanniter-Jugend, unserem Jugendverband. Derartige Präventionsmaßnahmen sollten seitens des Gesetzgebers durch Fachberatungen und finanzielle Unterstützung weiter gefördert werden.

Zur Koordination und Sicherung der Qualität von Ganztagsangeboten bedarf es aus Sicht der Johanniter flächendeckender Fachberatungen. Fachkräfte gilt es, durch eine bessere Vergütung sowie Aus- und Fortbildungsangebote, gerade im medienpädagogischen Bereich, zu stärken. Zudem bedarf es einer zeitgemäßen technischen Ausstattung. Zum Schutz von Kindern und Jugendlichen sollten Präventionskonzepte gefördert werden.



Jugendlichen **soziale Räume** zum gemeinsamen Gestalten geben

Die Corona-Pandemie hat unseren Alltag verändert. Für Kinder und Jugendliche hat diese Erfahrung eine wesentlich stärkere Wirkkraft als für Erwachsene: Ihre psychosoziale und persönliche Entwicklung wurde durch den Wegfall sozialer Begegnungsräume in einer besonders wichtigen Phase stark eingeschränkt. Kinder und Jugendliche brauchen Entwicklungsräume, in denen sie selbstständig Verantwortung übernehmen und sich entfalten können. Hier setzt die Arbeit unseres Jugendverbandes an: Junge Menschen gestalten aktiv, bestimmen über die sie betreffenden Belange und werden zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und sozialem Engagement angeregt. Diese Jugendverbandsarbeit muss gestärkt werden, denn sie birgt die Wurzeln für ein demokratisches Miteinander.

Die Bedürfnisse junger Menschen müssen gesamtgesellschaftlich in den Fokus gerückt werden. Aus Sicht der Johanniter-Jugend ist eine Stärkung der Jugendverbandsarbeit durch eine umfassende Finanzierung von hauptamtlich Mitarbeitenden erforderlich. So können über diese und künftige Krisen hinaus jungen Menschen soziale Räume zum gemeinsamen Gestalten geboten werden.



Rahmenbedingungen für **Pflegende** und **Pflegebedürftige** verbessern

Eine umfassende Pflegereform bleibt trotz einzelner Maßnahmen zwingend erforderlich und muss schnellstmöglich durch die neue Regierung in Angriff genommen werden. Pflegebedürftigkeit darf aufgrund steigender Kosten nicht zum Risiko für Altersarmut werden, sondern muss für alle finanziell kalkulierbar sein. Eine Pflegevollversicherung mit begrenztem Eigenanteil sowie einer Absicherung über die Sozialversicherung wäre ein mögliches langfristiges Finanzierungskonzept.

Pflege sollte bedarfsgerecht dort stattfinden, wo Pflegebedürftige wohnen möchten – zu Hause, in besonderen Wohnformen oder in stationären Einrichtungen. Neben der Auflösung von Sektorengrenzen bedarf es eines übersichtlichen und verständlichen sowie bundesweit einheitlichen Leistungsrechts, das größtmögliche Selbstbestimmung ermöglicht. Kommunen müssen stärker in die Pflicht genommen werden, regional notwendige und zielgerichtete Angebote zu planen sowie deren Finanzierung durch Vernetzung der Leistungserbringer, Unterstützer und Kostenträger zur Vermeidung von Vereinsamung und Altersarmut zu sichern.

Der Pflegeberuf ist ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft: Um die Pflege zu stärken, braucht es bessere Arbeitsbedingungen durch lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodelle, mehr berufliche Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten und eine verstärkte Etablierung spezialisierter Angebote. Auch sollte die Berufsautonomie durch eine erhöhte Verantwortungsübernahme gestärkt sowie Modellversuche zur Übernahme ärztlicher Tätigkeiten vorangetrieben werden. Dies führt auch zu einer Entlastung von Ärzten und kann in ländlicheren Regionen eine grundlegende Gesundheitsversorgung sichern. Zur Entlastung der Pflegekräfte muss die vollständige Digitalisierung von Verwaltungsabläufen für alle Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Kommunikation mit den Kassen Standard werden. Der zügige Anschluss der ambulanten Pflege und ihrer Kostenträger an die Telematikinfrasturktur sollte forciert werden.

Die Johanniter fordern eine nachhaltige, generationengerechte Pflegereform mit finanzieller Kalkulierbarkeit von Pflegebedürftigkeit für alle Versicherten, den Abbau sektoraler Trennung von ambulanter und stationärer Pflege sowie die Stärkung kommunaler Verantwortung. Zur Steigerung der Attraktivität des Berufsbildes bedarf es besserer Arbeitsbedingungen, der Optimierung von Verwaltungsabläufen durch Digitalisierung sowie einer Stärkung der Berufsautonomie.



Sicherheit und Selbstständigkeit durch **Hausnotrufdienste** ermöglichen

Der Hausnotruf ermöglicht älteren Menschen ein eigenständiges Leben in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung. Auf Knopfdruck ist der direkte Kontakt zur Hausnotrufzentrale rund um die Uhr gesichert. Unsere Mitarbeitenden klären telefonisch die Situation, stehen für ein tröstendes Gespräch bereit und schicken je nach individuellem Bedarf professionelle Unterstützung. Damit werden nicht nur Angehörige entlastet, auch unnötige Einsätze des Rettungsdienstes werden minimiert. Gerade in Pandemiefällen kann der Hilfe- und Betreuungsdienst Unterstützung leisten und die klassischen Notfallnummern wirksam entlasten. Auch anderen vulnerablen Gruppen – etwa chronisch Kranken oder mobilitätseingeschränkten Menschen – kann er Sicherheit geben.

Die Johanniter empfehlen einen erleichterten Zugang zum klassischen Hausnotruf sowie zu modernen digitalen Assistenz- und Unterstützungstechnologien: etwa durch Anspruch aller Pflegebedürftigen darauf, unabhängig von ihrer Wohnsituation. Zudem sollten die analogen und digitalen Leistungen des Hausnotrufs als verordnungsfähige Pflegesachleistung eingestuft werden. Damit können auch weitere Risikogruppen Sicherheit erhalten.



Humanitäre Hilfe stärken, Blick auf Klimaschutz schärfen

Der humanitäre Bedarf ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Aktuell benötigen nach UN-Angaben 168 Millionen Menschen weltweit humanitäre Hilfe, fast 80 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Die Auswirkungen des Klimawandels sind weltweit stetig spürbarer und die Corona-Pandemie hat die Lage vieler Menschen verschlechtert. In den kommenden Jahren wird es besonders darauf ankommen, neben der Unterstützung von lebensrettenden Maßnahmen nach Katastrophen, präventive Maßnahmen wie Frühwarnsysteme und innovative Anpassungsstrategien an den Klimawandel verstärkt zu fördern. So können Menschen in besonders gefährdeten Gebieten bessere Vorsorge treffen. Dabei muss die Expertise lokaler Organisationen noch stärker eingebunden werden.

Die Johanniter appellieren, verstärkt präventive und klimaschützende Maßnahmen zu fördern und insbesondere lokale und kleinere fachrelevante Organisationen stärker in die humanitäre Hilfe einzubeziehen.



Integration und gesellschaftliche Teilhabe weiter unterstützen

Wir möchten weiterhin unseren Beitrag dazu leisten, die Integration und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund zu unterstützen.

Dies umfasst für uns eine angemessene Unterbringung von Geflüchteten, die ein größtmögliches Maß an Selbstbestimmung ermöglichen sollte. Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt sind zwingend umzusetzen, zudem bedarf es einer adäquaten Gesundheitsversorgung. Besonders vulnerable Gruppen – Familien, alleinreisende Frauen oder Geflüchtete, die durch Traumatisierung oder Behinderung besondere Bedürfnisse haben – sollten nicht in großen Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden.

Bildung und Arbeit bleiben die Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe. Für schulpflichtige Kinder muss daher von Anfang an Zugang zum regulären Schulsystem bestehen. Auch Integrations- und Sprachkurse sollten allen Zugewanderten sofort offenstehen. Beratungsangebote müssen weiterhin Bestand haben, um ein Ankommen in Deutschland zu ermöglichen sowie Teilhabe an unserer Gesellschaft zu erleichtern. Damit stärken wir auch den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land.

Die Johanniter setzen sich für eine angemessene Ausstattung der Unterbringungseinrichtungen, die Unterbringungen von besonders Schutzbedürftigen in kleineren Einrichtungen sowie den frühzeitigen Zugang zu Bildung und Arbeit ein.



Für **starke Vereine**

Vereine sind Garanten für eine kontinuierlich am Gemeinwohl orientierte Zivilgesellschaft. Die Rechtsform des eingetragenen Vereins (§§ 21 ff BGB) gerät jedoch immer wieder in die Diskussion: Große wie kleine Vereine, deren wirtschaftliche Aktivitäten über viele Jahrzehnte aufgrund des sogenannten Nebenzweck-Privilegs akzeptiert wurden, bedürfen einer Rechtssicherheit für ihren Status und ihre zukünftige Ausrichtung. Ein an die strengen Vorgaben des Gemeinnützigkeitsrechts anknüpfendes und nur in diesem Rahmen zulässiges wirtschaftliches Agieren sollte auch in Zukunft möglich sein und vom Gesetzgeber im Zuge einer Modernisierung des Vereinsrechts ausdrücklich zugelassen werden.

Die Johanniter empfehlen eine gezielte Überarbeitung des privaten Vereinsrechts, mit dem Ziel, ein wirtschaftliches Handeln von Vereinen ausdrücklich zuzulassen, soweit es der Verfolgung ideeller Zwecke dient. Dadurch kann die vielgestaltige, über Jahrzehnte gewachsene und von bürgerschaftlichem Engagement geprägte deutsche Vereinslandschaft erhalten werden. Dem Gläubigerschutz kann durch konkrete Veröffentlichungs- und Rechenschaftspflichten des Vereinsvorstandes Rechnung getragen werden.

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.
Lützowstr. 94, 10785 Berlin
Tel. 030 26997-0
info@johanniter.de
www.johanniter.de

www.facebook.com/dieJohanniter
Twitter: @johanniter
Instagram: die_johanniter



JOHANNITER

